

Gemeinsam  
Schneller  
Werden



DER NEWSLETTER  
FÜR POLITIK UND VERWALTUNG

# IHKLW Politiknews

6. AUSGABE FRÜHJAHR 2022

## Russische Invasion der Ukraine

Resolution zu Sofort-  
maßnahmen gegen hohe  
Strom- und Energiepreise

SEITE — 03

## Ausbildungs- umfrage

Unternehmen fehlen  
zunehmend die Bewerber-  
innen und Bewerber

SEITE — 05

## Mobilität der Zukunft

Die Vorteile eines  
verkehrsträger-über-  
greifenden Ansatzes

SEITE — 07

# Standortentwicklung mit der Wirtschaft. Nicht ohne, nicht gegen sie.

Am 9. Oktober 2022 wählt Niedersachsen einen neuen Landtag. Die Parteien stellen sich gerade für den Wahlkampf auf. Eigentlich ein Prozess wie immer, aber doch anders. Aktuell überlagert durch Russlands Angriff auf die Ukraine zeigen Corona und die Kriegsfolgen, wo angepackt werden muss.

Folgt man den IHKLW- oder IHKN-Analysen braucht das Land vor allem fünf Dinge: eine erfolgreiche Digitalisierung mit einer leistungsfähigen Verwaltung, starke Städte und Regionen, Fachkräfte, mehr Tempo und grundsätzlich mehr Verständnis der Politik für wirtschaftliche Anliegen.

Konkret heißt das aus Sicht der Wirtschaft zuallererst, Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Dabei sollte es angesichts der Lage keine Tabus geben, alles muss neu beleuchtet und geprüft werden: Kernenergie, Kohle, ein verstärkter Abbau von heimischen Rohstoffen und Energieträgern aus Niedersachsen und Europa. Und zugleich mehr Erneuerbare, schnelle Plan- und Genehmigungsverfahren, mehr Flächen und im Endeffekt bezahlbaren Strom für alle. Die europäischen Nachbarn zeigen uns, dass Denkverbote derzeit nicht geboten sind.

Zudem müssen die weiteren Standortbedingungen stimmen, um die grüne Transformation zu finanzieren. Privates Geld

braucht einen verlässlichen, attraktiven und sicheren Hafen, nicht immer neue Belastungen, immer komplexere Regeln, Anforderungen oder Berichtspflichten. Diese fressen Zeit und Ressourcen, während die Personalkapazitäten immer knapper werden. Bürokratieabbau ist deshalb auch Fachkräftepolitik.

Zu den wichtigen Standortbedingungen gehören auch flächendeckend gigabitfähige Netze und moderne wohnortnahe insbesondere berufliche Schulen. Schließlich dürfen unsere Städte und Regionen nicht aus dem Fokus rutschen. Sie brauchen und verdienen Unterstützung gerade wegen der Corona-Folgen. Ihnen helfen weniger Bürokratie und ein vernünftiger Verkehrsträgermix zur Sicherstellung der Erreichbarkeit, damit die Kunden nicht noch stärker auf den Online-Handel setzen.

Für all diese Punkte haben wir wenig Zeit und Geld. Die Wirtschaft wirbt deshalb in Politik und Verwaltung für nachhaltige, die Wirtschaft einbeziehende Entscheidungen. Nachhaltige Entscheidungen gibt es nur mit der Wirtschaft – nicht ohne, nicht gegen sie.

Das Ziel der Wirtschaft lautet:

 GemeinsamSchnellerWerden

## EDITORIAL

# Liebe Leserinnen, liebe Leser,



wir haben Corona noch nicht überwunden und nun ist eine weitere Krise aufgezogen, die Europa und die Welt in ihren Grundfesten erschüttert. Russlands Invasion ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ein Angriff auf unsere Werte als Europäer und ein Angriff auf die Demokratie und Freiheit. Jetzt muss es darum gehen, schnell die richtigen Schlüsse zu ziehen und diese auch umzusetzen. Das generelle Problem der Abhängigkeit von Importen ist jedoch nicht abschließend gelöst, wenn wir die russischen Gaslieferungen ersetzt haben. Es erstreckt sich auch auf viele andere Bereiche, wie Pharma-Grundstoffe, Chips oder seltene Erden. Wir brauchen Stabilität und Sicherheit – das gilt auch für die Wirtschaft. Unser Thema „Deutschland muss schneller werden“ bekommt eine ganz neue, sogar existentielle Bedeutung. Volkswirtschaftlich war es nie so schwer, auch nur die nächsten zwei bis drei Quartale vorauszusagen. Unsere Unternehmen müssen sich schnell auf veränderte Rahmenbedingungen einstellen. Viele Betriebe leiden, teils in existenzbedrohendem Ausmaß, unter Lieferkettenproblemen und anhaltenden Kostensteigerungen bei Rohstoffen, Fracht und Energie. Gleichzeitig dürfen die Themen Digitalisierung sowie Fachkräftegewinnung und -sicherung in der Region nicht aus den Augen verloren werden.

Gerade in dieser schwierigen Lage sind wir gemeinsam in unserer politischen Arbeit besonders gefordert. Wir müssen die Sorgen unserer Unternehmen immer wieder in den Fokus nehmen und unseren in Not geratenen Unternehmen die optimale Hilfestellung geben. In einer Krise liegen immer auch Chancen – gerade für Niedersachsen. Jetzt haben wir zum Beispiel für den Ausbau der erneuerbaren Energie in Niedersachsen und zum Energiesparen eine neue starke Motivation. Wir setzen damit ein Zeichen nicht nur gegen den Klimawandel. Die nächsten Monate erfordern viel Engagement. Von Ihnen als Akteure aus Politik und Verwaltung, von unserer IHKLW und auch von der IHKN. Umso mehr freue ich mich, die IHKN als Präsident in einem mit der niedersächsischen Landtagswahl so bedeutenden politischen Jahr zu vertreten. Stellen wir uns gemeinsam den vor uns liegenden Herausforderungen, denn nur gemeinsam – mit einem breiten Schulterschluss – können wir diese Zeit bewältigen.

Andreas Kirschenmann,  
Geschäftsführer der GASTROBACK  
GmbH, ist Präsident unserer IHK  
Lüneburg-Wolfsburg (IHKLW)  
und hat zum 1. Januar die IHKN-  
Präsidentschaft übernommen.

**KONTAKT**  
andreas.kirschenmann@ihklw.de

Ihr

Andreas Kirschenmann

## Schon gewusst?

**467 Windräder**  
sind rein rechnerisch erforderlich,  
um ein abgeschaltetes Kohle- oder  
Kernkraftwerk mit einer Leistung  
von 1.400 Megawatt zu ersetzen.

## IHKLW-Politiknews abonnieren



Um künftige Ausgaben automatisch zu erhalten,  
abonnieren Sie die IHKLW-Politiknews hier:

[www.ihk-lueneburg.de/abo](http://www.ihk-lueneburg.de/abo)

# Russlands Angriff auf die Ukraine

## Auswirkungen für unsere Region und Maßnahmen der Wirtschaft

Gestiegener Ölpreis und beeinträchtigte Lieferketten: Die Auswirkungen des Ukrainekriegs sind in unserer Region bereits jetzt spürbar. Etwa 70 Prozent der rund 100 Unternehmen, die Anfang März bei einer Blitzumfrage der IHKLW teilgenommen haben, gehen von einer Verschlechterung der Geschäftsentwicklung aus. Über ein Drittel rechnet zudem mit steigenden Energiekosten, die das Wachstum hemmen und die Erholung der Wirtschaft nach Corona erheblich bremsen würden.

### Welche Auswirkungen auf Ihr Unternehmen erwarten Sie als Folge des Krieges in der Ukraine?

#### HÖHERE BESCHAFFUNGSPREISE

69 %

#### PROBLEME IN DER LIEFERKETTE UND LOGISTIK

47 %

#### VERSTÄRKTE HANDELSHEMNISSE DURCH DIE BESCHLOSSENEN SANKTIONEN

37 %

### Welche Maßnahmen haben die Unternehmen angesichts der derzeitigen Krise ergriffen?

- 31% **GESCHÄFTSBEZIEHUNGEN NACH RUSSLAND UND IN DIE UKRAINE ABGEBROCHEN.**
- 27% **NACH ALTERNATIVEN LIEFERANTEN UND ABNEHMERN GESUCHT.**
- 27% **MASSNAHMEN ZUR FINANZIELLEN ABSICHERUNG IHRER GESCHÄFTSTÄTIGKEITEN EINGELEITET.**



Die IHKLW-Vollversammlung beschloss am 17. März eine Resolution zu Sofortmaßnahmen gegen hohe Strom- und Energiepreise. Die regionale Wirtschaft fordert unter anderem die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß zu senken und weitere Umlagen neben der EEG-Umlage aus dem Bundeshaushalt zu bestreiten, um die Belastungen für die Wirtschaft zu senken und Arbeitsplätze zu sichern. Erneuerbare Energien sollen schnell ausgebaut und ein befristet verstärkter Einsatz von Atom und Kohle geprüft werden, da Gas und LNG die Lücke bei dem Wegfall der russischen Energielieferungen nicht schließen können.

[www.ihk-lueneburg.de](http://www.ihk-lueneburg.de)



## Die Folgen politischer Entscheidungen in der Praxis

Im Regionalpolitischen Ausschuss unserer IHKLW diskutierten im Februar Unternehmerinnen und Unternehmer aus unserer Region über die möglichen Konsequenzen der im Koalitionsvertrag aufgelisteten Vorhaben für ihre Betriebe. Einhellige Meinung: Die politischen Entscheidungen und Gesetzesvorhaben können Kostentreiber sein und drastische Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft haben. Angesichts der bevorstehenden beschleunigten Transformation unserer Volkswirtschaft wünscht sich die Wirtschaft deshalb mehr denn je einen intensiven und offenen Dialog mit der Politik, um anhand von Kostenrechnungen und Praxisbeispielen greifbar zu machen, welche Konsequenzen bestimmte politische Entscheidungen und Neuregelungen für die regionale Wirtschaft haben.



# Nachgefragt

bei  
Sönke Feldhusen

Der Fachkräftemangel ist eines der größten Risiken für die regionale Wirtschaft. Sönke Feldhusen zeigt auf, welche Faktoren zur Fachkräftesicherung jetzt und in Zukunft wichtig sind – und warum eine Ausbildungsgarantie keine Lösung ist.

**Herr Feldhusen, wie groß ist der Fachkräftemangel überhaupt?** Bundesweit sprechen wir zurzeit von 1,7 bis 1,8 Millionen offenen Stellen. Das allein mindert Schätzungen zufolge die Wirtschaftsleistung um rund 2,5 Prozent. Bis 2030 wird ein demografisch bedingter Rückgang um bis zu fünf Millionen Arbeitskräfte erwartet. Der Höhepunkt des Fachkräftemangels kommt also erst noch.


**Die duale Ausbildung gilt als Top-Maßnahme zur Fachkräftesicherung. Bundesminister Heil hat eine Ausbildungsgarantie vorgeschlagen. Was halten Sie davon?** Die Zahl der Schülerinnen und Schüler geht zurück, gleichzeitig hält der Trend zum Studium an. Dadurch fehlen Bewerberinnen und Bewerber, nicht Ausbildungsstellen. Deswegen sinkt die Zahl der Ausbildungsverträge in unserer Region. Eine Ausbildungsgarantie ist hier der falsche Kurs. Sie koppelt die Qualifizierung vom Markt ab und bedeutet zusätzliche Kosten und Bürokratie für die Unternehmen. Politisch gilt es, die Berufsorientierung und die Mobilität der jungen Menschen zu stärken, damit das Matching im Ausbildungsmarkt besser klappt. Auch eine gute Ausstattung der Berufsschulen – personell und technisch – ist wichtig.

**Unter dem Motto #GemeinsamFachkräfteSichern unterstützt unsere IHKLW Unternehmen im Wettbewerb um Talente. Wo braucht es Rückenwind aus Politik und Verwaltung?** Die Lebensbedingungen vor Ort sind ein wichtiger Faktor zum Gewinnen und Binden von Fach-

kräften: Nahversorgung, digitale Infrastruktur, Verkehrsanbindung, ausreichend und gute Schulen, attraktive Erholungsgebiete, ein möglichst vielfältiges Arbeits- und Unternehmensangebot. Kernaufgabe der Politik vor Ort ist es, diese Standortbedingungen zu optimieren und den Standort gut zu vermarkten, um Unternehmen und die notwendigen Fachkräfte anzulocken. Landkreise sollten beim Fachkräftemarketing und bei der Standortentwicklung zusammenarbeiten. Großräumig organisierte Fachkräftebündnisse bieten Raum für Kooperation und Innovation – und die entsprechenden Fördermittel. Das darf gern genutzt werden, z. B. die Allianz für Fachkräfte Nordostniedersachsen, die unsere IHKLW koordiniert, und das Fachkräftebündnis Südostniedersachsen. In den letzten sechs Jahren sind fast 10 Millionen Euro in Projekte zur Fachkräftesicherung geflossen.

**Die Bundesregierung hat angekündigt, das Einwanderungsgesetz weiterzuentwickeln. Was ist dabei aus Sicht der Wirtschaft wichtig?** Zuwanderung spielt auch regional eine große Rolle. Seit April 2020 ermöglicht das Fachkräfteeinwanderungsgesetz mit teilweiser Gleichwertigkeit des beruflichen Abschlusses zuzuwandern, um sich dann nachzuqualifizieren. Das ist wichtig, da das deutsche Ausbildungssystem international nahezu einzigartig ist. Bislang dürfen allerdings nur Praxiskompetenzen fehlen. Sinnvoll wäre es, diese Regelung auch auf fehlendes theoretisches Wissen zu erweitern – auch dieses kann berufsbegleitend nachgeschult werden – und die Verfahren zu beschleunigen. Dafür brauchen die beteiligten Institutionen wie Auslandsvertretungen und Ausländerbehörden die nötigen Ressourcen. Auch der Erwerb von Deutschkenntnissen sollte sowohl im In- als auch im Ausland weiter gestärkt werden.

Sönke Feldhusen ist stellvertretender IHKLW-Hauptgeschäftsführer und leitet den Bereich „Menschen bilden“. Mit seinem Team hält er Angebote zum Ausbildungsmarketing, zur Berufsorientierung und zur Personalentwicklung bereit.

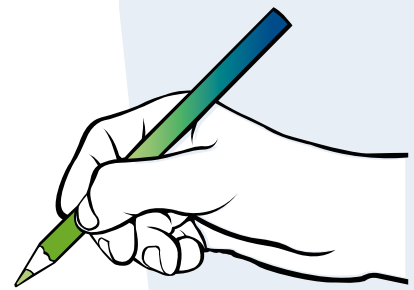
 **GemeinsamFachkräfteSichern**  
IHKLW-Angebote und Aktivitäten zur Fachkräftesicherung sind zu finden unter [www.ihk-lueneburg.de/fachkraefte](http://www.ihk-lueneburg.de/fachkraefte)

„Eine Ausbildungsgarantie ist der falsche Kurs. Wichtig ist es, die Berufsorientierung zu stärken.“



ZAHLEN UND FAKTEN

# Ausbildungsumfrage 2022



Rund 2.150 niedersächsische Ausbildungsbetriebe (davon knapp 290 aus dem IHKLW-Bezirk) haben sich vom 17. bis 28. Januar an der diesjährigen Ausbildungsumfrage der IHK Niedersachsen (IHKN) beteiligt. Die zentralen Ergebnisse:

75%

der **Ausbildungsbetriebe** haben bereits geplant, wie viele Ausbildungsplätze sie im Ausbildungsjahr 2022 anbieten. (IHKN: 72 %)

+3%

Ihre **Prognose**: es werden durchschnittlich 3 Prozent mehr Ausbildungsplätze geplant als 2021. (IHKN: 2 %)

86%

der angebotenen **Ausbildungsplätze** konnten im Jahr 2021 besetzt werden. (IHKN: 83 %)



Was sind aus Unternehmenssicht die größten Herausforderungen bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen?

(Mehrfachnennungen)

FEHLENDER ZUGANG ZU BEWERBERN



MANGELNDE BERUFSORIENTIERUNG AN SCHULEN DURCH CORONA-BESCHRÄNKUNGEN



WIRTSCHAFTLICHE PERSPEKTIVE FÜR UNSERE BRANCHE



VERUNSICHERUNG DER BEWERBER (WIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN AUF BRANCHE)



PRIORITÄT ANDERER THEMEN IM UNTERNEHMEN ANGESICHTS DER KRISE



GUT AUSGEBILDETE LEHRKRÄFTE



GUTE UNTERRICHTSVERSORGUNG/WENIG UNTERRICHTSAUSFALL



WOHNORTNÄHE/GUTE ERREICHBARKEIT



Welche Faktoren sind für Unternehmen bei der Beschulung der Auszubildenden besonders wichtig?



Was muss passieren?

→ **Matching** von Angebot und Nachfrage am Ausbildungsmarkt weiter ausbauen.

→ **Systematische** Berufsorientierung etablieren und Maßnahmen erweitern.

→ **Berufsbildende** Schulen beim Aufbau notwendiger personeller Kapazitäten, pädagogischer Konzepte, Sachausstattung und Infrastruktur unterstützen.

Alle Ergebnisse finden Sie hier: [ihk-lueneburg.de/ausbildungsumfrage](http://ihk-lueneburg.de/ausbildungsumfrage)





## IHKN-Leitfaden zum Niedersächsischen Quartiersgesetz

IHK Niedersachsen (IHKN) hat anlässlich des Inkrafttretens des Niedersächsischen Quartiersgesetzes (NQG) einen Leitfaden für Unternehmen, Werbegemeinschaften und Kommunen veröffentlicht. So sollen Werbe- und Unternehmensgemeinschaften, private Initiativen sowie die Immobilienwirtschaft und Kommunen ermutigt werden, zukünftig das Modell von Quartiersgemeinschaften nach dem NQG in der eigenen Standort- und Stadtentwicklung zu erwägen.

Leitfaden: [www.ihk-lueneburg.de](http://www.ihk-lueneburg.de)

## Raus aus Corona – Ideen für die Zukunft der Wolfsburger Wirtschaft

Gemeinsam mit weiteren Partnern der regionalen Wirtschaft setzt sich die IHKLW in Wolfsburg in einem gemeinsamen Positionspapier für einen Weg „raus aus Corona“ ein. Neben kurzfristigen Unterstützungsleistungen von Bund, Ländern und Kommunen, ist aus Sicht der unterzeichnenden Partnerinstitutionen nun der Zeitpunkt gekommen, der Wirtschaft eine Perspektive für die Zeit nach der Pandemie zu geben.

Impulspapier der Wolfsburger Wirtschaftsvertreter:  
[www.wmg-wolfsburg.de](http://www.wmg-wolfsburg.de)

## Faire Wettbewerbsbedingungen für Anbieter kurzfristiger Vermietung

„Kurzfristige Vermietungen“ beziehen sich auf die Bereitstellung einer möblierten Unterkunft für kurzfristige Aufenthalte von Besuchern. Die derzeitige EU-Rechtslage in Bezug auf digitale Plattformen für kurzfristige Vermietungen ist nicht ausreichend. Die IHK Nord befürwortet die Einführung einer EU-Verordnung, um faire Wettbewerbsbedingungen zwischen Anbietern gleichartiger Leistungen zu schaffen. So soll das Beherbergungsgewerbe gegenüber gewerbegleichen Anbietern gestärkt werden.

Kurzfristige  
Vermietungen  
IHK Nord:  
[www.ihk-nord.de](http://www.ihk-nord.de)



# Landtagswahl 2022

## Ergebnisse der IHKN-Standortumfrage zeigen, wo „der Schuh drückt“ und die Wirtschaft Handlungsbedarf sieht

Die niedersächsischen Industrie- und Handelskammern haben im Dezember 2021 landesweit eine Umfrage zu 18 Standortfaktoren durchgeführt. An der Umfrage haben sich rund 1.000 Unternehmen beteiligt.

Besonders unzufrieden sind die befragten Unternehmerinnen und Unternehmer mit den Standortfaktoren „Geschwindigkeit von Planungs- und Genehmigungsverfahren“, „digitale Verwaltung / E-Government“ und „Ausstattung und Digitalisierung der Schulen“. Diese Ergebnisse entsprechen weitestgehend den Ergebnissen der Standortbefragung unserer IHKLW aus 2021.

Hier gehts zum Impulspapier.  
[www.ihk-n.de](http://www.ihk-n.de)

## Urbane Mobilität in der Stadt und auf dem Land

Urbane Mobilitätspolitik ist heute ein zentrales kommunales Handlungsfeld und zugleich nicht selten Anlass für bisweilen hochemotionale Diskussionen abseits der eigentlichen Sachfragen. Kommunen müssen dabei unterschiedliche Mobilitätsbedarfe von Bürgern und Unternehmen in Stadt und Land unter einen Hut bringen. Die IHKLW befürwortet hierfür einen ausgewogenen, intelligent verknüpften Verkehrsträgermix, denn für die nachhaltige Belebung unserer Innenstädte muss die Erreichbarkeit für jeden Kunden mit jedem Verkehrsträger nach zwei im letzten Jahr von IHKLW durchgeführten Umfragen gewährleistet bleiben. Zudem dürfen die Lieferverkehre nicht weiter eingeschränkt werden. Der motorisierte Individualverkehr ist gerade im ländlichen Raum mangels Alternativen oftmals die einzige Mobilitätslösung. Die Kommunen können den Verkehrsfluss durch flexible Ampelschaltungen, die Vernetzung von Fahrzeugen und Infrastruktur, tageszeitbezogene Parkstreifen und Spurbelegungen sowie eine Verbesserung der Parkleitsysteme optimieren und dadurch Emissionen und Lärm vermeiden. Innenstadtnahe Parkplätze sollten dabei generell und bedarfsgerecht erhalten bleiben.



Der ÖPNV wird für Pendler durch eine signifikant gesteigerte Taktung, flexible Bedienformen, moderne und emissionsarme Fahrzeuge, digitalisierte Ticket- und Informationssysteme und durch den Ausbau von Mobilitätsstationen attraktiver. Der Radverkehr benötigt zum einen ein ausgebautes Radwegenetz und mehr Abstellflächen durch Fahrradparkhäuser oder Schließfächer im Innenstadtkern.

In wachsenden Regionen müssen Verkehrsinfrastruktur und Mobilitätsangebote mitwachsen. Einschränkungen und Verbote sieht die Wirtschaft kritisch. Denn diese lassen notwendige Verkehre zu oft außen vor. Stattdessen sorgt ein verkehrsträgerübergreifender Ansatz für gute Lösungen.

Die IHKLW möchte diese guten Lösungen am 5. Mai 2022 beim IHKonkret „Urbane Mobilität“ digital via „Zoom“ mit Politik und Verwaltung diskutieren. Seien Sie dabei und melden Sie sich hier an: [ihklw.de/ihkonkret\\_urbanemobilitaet](http://ihklw.de/ihkonkret_urbanemobilitaet)

# IHKLW im Dialog

In verschiedenen Veranstaltungs- und Dialogformaten tritt unsere IHKLW für die Interessen der regionalen Wirtschaft ein.

**25. April 2022**

## **Gedankengut**

Digitalisierung und Nachhaltigkeit  
[ihklw.de/gedankengut-celle](http://ihklw.de/gedankengut-celle)

**5. Mai 2022**

## **IHKonkret**

Urbane Mobilität  
[ihklw.de/ihkonkret\\_urbanemobilitaet](http://ihklw.de/ihkonkret_urbanemobilitaet)

**2. Mai 2022**

## **IHKN-Energiedialog**

„Spannungsfeld Klimaschutz“ in Zusammenarbeit mit dem Landtagsausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz  
Anmeldung via E-Mail an Gerd Ludwig  
[gerd.ludwig@ihklw.de](mailto:gerd.ludwig@ihklw.de)

**5. und 6. Mai 2022**

## **19. Tourismustag Niedersachsen**

[www.ihk-emden.de/standortpolitik/tourismustag-niedersachsen](http://www.ihk-emden.de/standortpolitik/tourismustag-niedersachsen)

**MEHR INFOS UND TERMINE UNTER**

[ihk-lueneburg.de](http://ihk-lueneburg.de)

## Impressum | Leserservice

### IHKLW-POLITIKNEWS

Der Newsletter für Politik und Verwaltung  
6. Ausgabe **Frühjahr 2022**

### ABO BESTELLEN

[ihk-lueneburg.de/abo](http://ihk-lueneburg.de/abo)  
> IHKLW-Politiknews

### HERAUSGEBER

IHK Lüneburg-Wolfsburg  
Am Sande 1, 21335 Lüneburg  
Telefon 04131 742-0  
E-Mail [politiknews@ihklw.de](mailto:politiknews@ihklw.de)

### VERANTWORTLICH

Inhaltlich Verantwortlicher für redaktionelle Inhalte gemäß § 55 Abs. 2 RStV:  
Hauptgeschäftsführer Michael Zeinert

### REDAKTION

Kerstin Thymian  
[kerstin.thymian@ihklw.de](mailto:kerstin.thymian@ihklw.de)  
Telefon 04131 742-179  
E-Mail [politiknews@ihklw.de](mailto:politiknews@ihklw.de)



## DIE GUTE NACHRICHT

# Jetzt Projekte zur Fachkräftesicherung starten

Die Allianz für Fachkräfte Nordostniedersachsen und das Fachkräftebündnis Südostniedersachsen gehören zu den acht Fachkräftebündnissen, die das Land Niedersachsen im Rahmen der Fachkräfteinitiative Niedersachsen für drei weitere Jahre anerkannt hat. Damit können bis 2024 im Bezirk unserer IHK Lüneburg-Wolfsburg (IHKLW) 3,94 Millionen Euro in regionale Projekte zur Fachkräftesicherung fließen.

Projekträger aus Landkreisen Celle, Harburg, Heidekreis, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg und Uelzen können eine Förderung über die Allianz für Fachkräfte Nordostniedersachsen beantragen. Ansprechpartnerin ist Christiane Hewner, Telefon 04131 742 161, E-Mail [christiane.hewner@ihklw.de](mailto:christiane.hewner@ihklw.de)

Förderanträge aus dem Landkreis Gifhorn und der Stadt Wolfsburg laufen über das Fachkräftebündnis Südostniedersachsen. Ansprechpartnerin ist Kerstin Schläger, Telefon 0531 1218 163, E-Mail [kerstin.schlaeger@allianz-fuer-die-region.de](mailto:kerstin.schlaeger@allianz-fuer-die-region.de)

## IHKLW Politiknews



Besuchen Sie uns  
auch auf facebook:  
[facebook.com/ihklw](https://facebook.com/ihklw)

